



Kreistagsfraktion Landkreis Kassel

An den
 Kreistagsvorsitzenden
 Herrn Andreas Güttler
 Kreishaus
 Wilhelmshöher Allee 19-21
 34117 Kassel

LANDKREIS KASSEL	
Eing.	02. AUG. 2011
Abt.	UTV/160

Kassel, 2. August 2011

Sehr geehrter Herr Güttler,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 1. September 2011:

Keine Kürzungen bei Hessischen Verkehrsverbänden

Beschluss:

Die durch das hessische Finanzministerium gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden bekannt gemachten Kürzungsabsichten bei den hessischen Nahverkehrsverbänden in Höhe von jährlich 20 Mio. Euro werden vom Kreistag des Landkreises Kassel abgelehnt.

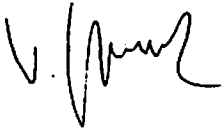
Der Kreisausschuss wird aufgefordert, sich zusammen mit dem Hessischen Landkreistag, dem Hessischen Städtetag und dem Hessischen Städte- und Gemeindebund sowie insbesondere dem Nordhessischen Verkehrsverbund bei der Hessischen Landesregierung gegen die Kürzungspläne auszusprechen.

Begründung:

Die mit dem ÖPNV befassten Aufgabenträger müssten dann in Nordhessen mit ca. 4 Mio. Euro pro Jahr weniger auskommen. Diese Kürzungen schaden dem Bus- und Bahn-System im Landkreis Kassel besonders, da dieses aufgrund seiner Verknüpfung mit der Stadt Kassel viele regionale Aufgaben erfüllt. Auf der einen Seite werden neue wichtige Verkehrsknoten geschaffen, wie z.B. der Ausbau des Flugplatzes Calden, zum anderen fehle dann das Geld, diese Verkehrsknoten anzubinden. Darüber hinaus können die Kürzungen nur aufgefangen werden, wenn bei der RegioTram, die weiterhin gute Fahrgastzuwächse verzeichnet, der Kurhessenbahn oder im großen Nord-Osthessen-Netz Züge abbestellt werden mit allen Ausfallkosten aus laufenden Verträgen, die auch aus öffentlichen Mitteln getragen werden müssen. Die für den Landkreis Kassel wichtige RegioTram schafft gerade neue Wohn- und Arbeitsplatzmöglichkeiten. Die beabsichtigten Kürzungen stellen dies alles wieder in Frage. Ebenso verhält es sich beim regionalen und lokalen Bus- bzw. Anrufsammelverkehr, der zwischen Stadt und Landkreis Kassel überproportional im NVV betroffen wäre. Die Landesregierung würde mit dieser Maßnahme erneut die Kommunen belasten.

Gerade der ländliche Raum hätte darunter erheblich zu leiden. Auf diese Weise würden die Auswirkungen des demografischen Wandels nicht reduziert, sondern seinen negativen Entwicklungen sogar noch Vorschub geleistet. Die durch das hessische Finanzministerium geplanten Kürzungen schaden dem Landkreis Kassel und darüber hinaus Nordhessen immens. Sie müssen gestoppt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrike Gottschalck
Fraktionsvorsitzende